



## **Innenausschuss**

### **47. Sitzung (öffentlich)**

23. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

Der Ausschuss beschließt, TOP 9 – den CDU-Antrag „Arbeitsschutz effizient gestalten“ – abzusetzen, da dieser Antrag bereits am 12. September 2013 abschließend beraten worden ist.

#### **1 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)**

**8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6689

– Sachverständigengespräch

Der Ausschuss hört hierzu die in der folgenden Tabelle aufgeführten Experten:

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	Karin Welge, Sozialdezernentin Gelsenkirchen	16/2207	25, 31
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Dr. Manfred Wichmann		8, 19, 32
Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Dr. Marcus Faber		24
Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e. V., Bochum	Birgit Naujoks	16/2220	10, 23
Stadt Wuppertal, Ressort Zuwanderung und Integration	Hans Jürgen Lemmer, Ressortleiter	16/2180	11, 26, 30
Evangelisches Büro NRW, Düsseldorf	Helge Hohmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung		12, 27

### Vor Weiterführung der Tagesordnung

34

**Aktuelle Viertelstunde** (beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage)

hier:

„Zwölf verletzte Polizisten nach Massenschlägereien auf Schalke: Ist Innenminister Jägers neues Einsatzkonzept gescheitert?“

- Bericht der Landesregierung
- Diskussion –

Der Ausschuss beschließt, Tagesordnungspunkt 3 in Verbindung mit der Aktuellen Viertelstunde zu behandeln.

### 3 Ergebnis des Pilotversuchs zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei Fußballspielen

40

Vorlage 16/2294

- Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales

Der Ausschuss beschließt, auch Tagesordnungspunkt 4 direkt mitzubehandeln.

- 4 Gewalt auf den Stadionvorwiesen beim Rheinderby Köln gegen Mönchengladbach** 66
- Vorlage 16/2289
- ohne weitere Diskussion –
- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)** 67
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 16/6500, 16/6710 sowie 16/6990  
Vorlage 16/2173
- Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales
- Einzelberatungen
- 5 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen (TOP beantragt von der Fraktion der PIRATEN; siehe Anlage)** 74
- Vorlage 16/2290
- Bericht der Landesregierung
- Der Innenausschuss kommt überein, sich in den nächsten beiden Sitzungen des Innenausschusses automatisch wieder mit dieser Thematik zu befassen.
- 6 Beteiligung Minderjähriger aus Nordrhein-Westfalen am Dschihad in Syrien und im Irak? (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage)** 95
- Vorlage 16/2283
- Bericht der Landesregierung

- 7 Polizistin rechtfertigt verspätete Festnahme von Einbrechern (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) 97**

Vorlage 16/2298

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

- 8 Bewerberinnen und Bewerbern mit mittleren Bildungsabschlüssen wieder eine Ausbildungsperspektive bei der Polizei eröffnen 98**

Antrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 16/4156

APr 16/525

Vorlage 16/2292

Der Ausschuss verständigt sich übereinstimmend darauf, den Tagesordnungspunkt noch einmal zu schieben.

- 9 Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen – Arbeitsmarktzugang sicherstellen 99**

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/4590

APr 16/590

Der Antrag Drucksache 16/4590 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der Piratenfraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt.

- 10 Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen 101**

Antrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 16/5490

APr 16/586

Der Innenausschuss erklärt übereinstimmend sein Einverständnis, im Innenausschuss auf ein Votum zu verzichten und die Abstimmung dem federführenden Ausschuss zu überlassen.

Innenausschuss

23.10.2014

47. Sitzung (öffentlich)

Sm

**11 Ausweitung gebührenpflichtiger Polizeieinsätze prüfen 102**

Antrag  
der CDU-Fraktion  
Drucksache 16/6356

Der Innenausschuss beschließt die Durchführung eines Sachverständigengesprächs. Die Einzelheiten werden im Obleutegespräch am Rande des Plenums besprochen.

**12 Neues Kriminalitätsphänomen erfassen und konsequent gegen sogenannte „Antänzer“ vorgehen! 103**

Antrag  
der CDU-Fraktion  
Drucksache 16/6857

Der Innenausschuss einigt sich auf einen Wieder-vorlagevermerk für diesen Antrag nach Ablauf von sechs Monaten.

**13 Verschiedenes 104**

Am **Dienstag, 4. November 2014**, findet um 14 Uhr die Anhörung zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes statt.

Am **Donnerstag, 20. November 2014**, findet die nächste reguläre Sitzung des Innenausschusses u. a. mit der Abschlussberatung zum Haushalt und der Abschlussberatung zum Landesbeamtengesetz statt.

\* \* \*



## 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 16/6500, 16/6710 sowie 16/6990  
Vorlage 16/2173

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– Einzelberatungen

**Vorsitzender Daniel Sieveke** weist darauf hin, dass man sich in der letzten Sitzung am 18. September 2014 darauf verständigt habe, die Einzelberatungen zum Haushalt in der heutigen Sitzung vorzunehmen. Die Abschlussberatung und Abstimmung zum Einzelplan 03 müsste spätestens in der Sitzung am 20. November 2014 stattfinden. Fragestellungen zum Haushalt sollten sich nach Möglichkeit an der kontinuierlichen Reihenfolge der Haushaltskapitel orientieren.

**Theo Kruse (CDU)** hat zunächst zwei allgemeine Fragen.

Erste Frage. Man sei sich bestimmt einig, dass die Haushaltslage außerordentlich angespannt sei. Er wolle in Erinnerung rufen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen vor geraumer Zeit ein sogenanntes Effizienzteam einberufen hätten, welches sich als Aufgabe gestellt habe, Aufgaben und Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Er wolle diesbezüglich wissen, ob seine Annahme richtig sei, dass in dem vorliegenden Haushaltsplan von der Arbeit des Effizienzteams noch nichts zu lesen sei.

Zweite Frage. Bei den vergleichbaren Haushaltsplanberatungen im Jahr 2013 habe er nachgefragt, ob und wann die Landesregierung ihr avisiertes Vorhaben aus dem Jahr 2010/12 angehe, eine große Dienstrechtsreform auf den Weg zu bringen. Der Minister habe vor einem Jahr sinngemäß geäußert, dass im Laufe dieses Jahres etwas zu erwarten sei. Nun wolle er wissen, ob auch die Annahme zutreffe, dass von der angekündigten großen Dienstrechtsreform in diesem Haushalt noch nichts zu bemerken sei.

Eine letzte Frage. Am vergangenen Montag sei – aus seiner Sicht erfreulicherweise – ein Konsens bei dem Flüchtlingsgipfel erzielt worden. Die Landesmittel für die Kommunen sollten um 40 Millionen € aufgestockt werden. Da wolle er wissen, an welcher Stelle diese Beträge konkret im Landeshaushalt etatisiert würden, und ob es in diesem Zusammenhang eine dritte Ergänzung des Haushalts geben werde und, falls ja, wann diese zu erwarten sei.

**Thomas Stotko (SPD)** teilt in Erwiderung auf die Ausführungen von Herrn Kruse mit, auch er fände es als Parlamentarier grundsätzlich interessant, einen breiten Informationsstand aus den Beratungen des Effizienzteams zu erhalten. Das sei jedoch nicht Thema des Innenausschusses, sondern hier gehe es um den Einzelplan 03. Der Mi-

nister möge etwas dazu sagen können oder auch nicht; dieses Thema gehöre jedenfalls in den HFA.

Das Gleiche gelte für die angesprochene Dienstrechtsreform. Der Kollege Kruse habe rekuriert, der Minister habe im Vorjahr eine große Dienstrechtsreform angekündigt. Daran könne er sich so nicht erinnern. Zwar habe der Minister von einer Dienstrechtsreform gesprochen, allerdings verstehe er, Stotko, nicht, warum der Kollege daraus nun eine „große Dienstrechtsreform“ mache.

Dass eine Dienstrechtsreform benötigt werde und dass sie in den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Regierung diskutiert werde, sei bekannt. Er tue sich jedoch schwer damit, wenn auf eine „große Reform“ abgehoben werde.

Was den Haushalt angehe, wolle er zwei, drei Dinge hervorheben, die er für seine Fraktion als sehr positiv anbringen könne. Auf der einen Seite wolle er darauf hinweisen, dass die Einstellungsermächtigung seitens des Vorschlags der Regierung auf 1.522 erhöht worden sei, was er hinsichtlich des Ausgleichs zusätzlicher Stellen im Bereich des Verfassungsschutzes für eine kluge Idee halte.

In bestimmten Bereichen gebe es einen höheren Bedarf. Dass hierauf reagiert werde durch geeignete Einstellungen oder Verlagerungen, werde durch den vorliegenden Haushaltplan klar.

Das gelte im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsgipfel – wenn auch noch nicht in Gänze – auch für die steigenden Kosten im Asylbereich. Wenn er es richtig verstanden habe, steige der Haushalt um 82 Millionen €. Allein die Kapitel „Asyl“ und „Unterbringung von Asylbewerbern“ machten bereits 85 Millionen € aus. Im Einzelplan 03 existiere eine ungeheure Dynamik. Das Ministerium habe 85 Millionen € Mehrausgaben aufgeschlagen, die man nicht selber verursache. Dennoch komme man mit Mehrausgaben in Höhe von 82 Millionen € aus. Das sei immerhin schon eine Reduktion um 3 Millionen €.

Er selbst habe den Eindruck, dass man sich zu dem Zeitpunkt, als der Haushalt im Parlament eingebracht worden sei, Mühe gegeben habe, den gestiegenen Aufwendungen Rechnung zu tragen; trotzdem aber schaffe man es, Ausgaben für die innere Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Daran werde nicht gespart.

Das betreffe die Ausstattung; da könne man sich auch gerne noch einmal über die Hubschrauberstaffel unterhalten. Das halte er für eine ebenso wichtige Frage wie die nach Polizeifahrzeugen oder die endgültige Umsetzung des Digitalfunks.

Schließlich wolle er noch auf einen Punkt eingehen. Er finde, zu selten würde aus Sicht der Opposition das Thema „Feuerwehr – Ehrensache“ erwähnt. Man habe das Ganze mit einer Förderung des Ehrenamts bei der Freiwilligen Feuerwehr begonnen. Das sei gerade in diesem Bereich enorm wichtig. Vor allem im ländlichen Raum, wo man ohne Freiwillige Feuerwehren überhaupt nicht mehr zurechtkomme, werde genau dieses Projekt positiv gesehen und von Protagonisten aus dem ländlichen Raum begleitet. Hierfür wolle er ein großes Lob aussprechen.

Da die Opposition dies leider nicht mache, wolle er das aus Sicht einer regierungstragenden Fraktion nunmehr tun. Er habe festgestellt, dass hier 1 Million € auf das

nächste Jahr übertragen werde. Das halte er für wichtig, damit im Jahr 2015 die 2,7 Millionen € zur Verfügung stünden.

Kollege Kruse habe den Flüchtlingsgipfel angesprochen. Bei dem Sachverständigengespräch vorhin habe er, Stotko, den Eindruck gehabt, dass man sehr zeitnah auf alle Fraktionen im Landtag zugehen werde, um die gemeinsam getragenen Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels nun auch in einen Antrag münden zu lassen, und zwar sowohl in einen inhaltlichen Antrag, in dem nochmals die Forderungen manifestiert würden, als auch in einen finanziellen Antrag.

Er wolle an dieser Stelle darauf hinweisen, dass er sich freuen würde, wenn alle Fraktion, die bei der Anhörung gesagt hätten, dass sie das Ergebnis gut fänden, bei den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss den Änderungsanträgen, die dafür erforderlich seien, ebenfalls zustimmten. Ansonsten würde man in der Community – das heißt alle Sachverständigen und beteiligten Organisationen – nämlich nicht mehr ernst genommen. Dafür wolle er daher noch einmal werben.

**Vorsitzender Daniel Sieveke** weist darauf hin, dass Frau Schäffer das Projekt der Freiwilligen Feuerwehren bereits im Obleutegespräch angesprochen habe. Man habe sich darauf geeinigt, dass im Innenausschuss eine allgemeine Information stattfinden solle, um die Wertschätzung diesem wichtigen Projekt gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Dieser Punkt sollte dann an prominenter Stelle auf einer der folgenden Tagesordnungen platziert werden, sodass man sich ohne Zeitdruck damit beschäftigen könne.

**Dr. Joachim Stamp (FDP)** führt in Richtung Herrn Stotko aus, die FDP habe zwar gesagt, dass man die Ergebnisse mittragen werde – das sei völlig klar –, das gelte aber nicht, wenn ein „Wir tun mehr für Flüchtlinge“ bedeute, einfach die Verschuldung zu erhöhen. Vielmehr erwarte er gewisse Anstrengungen, im Haushalt ein wenig umzuschichten. Das gehöre zur Ehrlichkeit dazu, und das sei auch wichtig für die Außendarstellung.

(Thomas Stotko [SPD]: Da fängt es schon an!)

An der einen oder anderen Stelle habe er noch Nachfragen.

Es gebe 27 Planstellen, die aus der Polizei zum Verfassungsschutz verlagert würden. Da wolle er wissen, wie sich das mit dem Trennungsgebot vertrage.

(Minister Ralf Jäger [MIK]: Das sind 22!)

**Vorsitzender Daniel Sieveke** erläutert, dass die 27 Stellen den Ingesamtaufwuchs betreffen; von der Polizei seien es nur 22.

**Dr. Joachim Stamp (FDP)** entgegnet, es gehe ihm dabei um das Prinzip.

Weiterhin stünde man vor der großen Herausforderung der Bekämpfung des Salafismus. In diesem Zusammenhang wolle er nachfragen, ob der Minister davon aus-

gehe, dass es von den bisherigen Planungen her vor Ort in den betroffenen Städten zu einer auskömmlichen Prävention kommen könne.

Plenar sei auch über das Projekt „Wegweiser“ debattiert worden, welches immer gleichsam als Monstranz präsentiert werde. Hier sei man der Meinung, dass dies mit genau drei Stellen in den drei Städten zu gering besetzt sei. Die Frage sei, wie sich dieses Projekt haushalterisch weiter abbilden werde. Außerdem interessiere ihn, was mit den Sachmitteln in Höhe von 900.000 € für den Verfassungsschutz sei und wie diese verwandt würden.

Außerdem wolle er wissen, wie sich die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels bezüglich der Bezirksregierung im Haushalt abbilden würden.

**Dirk Wedel (FDP)** schließt einige Fragen an.

Auf Seite 19 des Erläuterungsbandes sei die Rede davon, dass es gestiegene Ansätze für Open Government in Höhe von 1,4 Millionen € gebe. Dazu wolle er wissen, wie diese denn konkret in der Umsetzung des Open-Government-Konzeptes eingesetzt werden sollten.

Auf Seite 9 des Ergänzungsbandes sei davon die Rede, dass die bisher gesperrten Planstellen für den CIO entsperrt werden sollten. Da sei die Frage, was dies für die Arbeit des CIO bedeute, da er bislang ohne die Planstellen gearbeitet habe, und was er jetzt mit den neuen Planstellen zusätzlich tun könne.

Auf Seite 32 sei die Rede davon, dass der Etat in Höhe von 10 Millionen € für das Kommunale Warnsystem wegfallen solle. Dazu hätte er gerne den Sachstand erläutert.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** teilt im Zusammenhang mit der Nachfrage seitens der FDP-Fraktion an, dass die Koalitionsfraktionen bezogen auf den Bereich „Beobachtungen und Bekämpfung des Salafismus“ intern überlegten, ob es nicht gerade im Hinblick auf die Personalausstattung Handlungsbedarf gebe.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Wenn man bei den Aufgaben und der personellen Ausstattung nahe beieinander sei, führe ihn da dann zum zweiten Bereich, dem Ergebnis des Flüchtlingsgipfels. Da sei er gespannt, wie der Kollege Stamp den von ihm aufgebauten Widerspruch zwischen Haushalt und Aufgabenwahrnehmung für sich lösen werde. Das sei keine leichte Aufgabe.

Eine Anmerkung habe er noch: Sicher sei bekannt, dass er, Körfges, Vorsitzender des parlamentarischen Kontrollgremiums sei. Insoweit verwundere es ihn ein wenig, dass jetzt eine Nachfrage bezogen auf die Ausgaben des Verfassungsschutzes komme, insbesondere aus der Fraktion, die sich bei der Frage der öffentlichen Behandlung von Themen des parlamentarischen Kontrollgremiums ganz deutlich in eine andere Richtung geäußert habe, nämlich am besten gar nichts öffentlich zu machen.

Insofern habe er Bedenken, eine Diskussion über den den Verfassungsschutz betreffenden Teil des Etats in öffentlicher Sitzung vorzunehmen. Hierfür gebe es andere Orte.

(Lothar Hegemann [CDU]: Nein! Zu einzelnen Projekten doch nicht!)

**Frank Herrmann (PIRATEN)** hat eine konkrete Frage zu Titel 637 70. Es gehe um die Planungsrate, und da gebe es eine Verlagerung von 4,1 Millionen €, weg vom Verfassungsschutz, hin zu einer Basis-IT. Er wolle gerne wissen, was das genau sei und wie sich das weiter aufschlüsseln lasse.

**Vorsitzender Daniel Sieveke** konkretisiert im Zusammenhang mit der Frage des Kollegen Stamp, dass es sich dabei eher um Formalia gehandelt habe, wie die Personalstellen verlagert worden seien. Das könne sicher im öffentlichen Teil beantwortet werden.

**Minister Ralf Jäger (MIK)** kommt zunächst auf die Frage von Herrn Kruse nach den Ergebnissen des Effizienzteams zu sprechen. Das Effizienzteam habe Ergebnisempfehlungen an die Landesregierung vorgelegt, die sich allerdings im Wesentlichen auf andere Ressorts als auf das des IMK bezögen. Deshalb schlage er vor, diese Frage nochmals im Haushalts- und Finanzausschuss zu stellen; dort könne sie ressortübergreifend beantwortet werden. Im Einzelplan 03 sei davon wenig zu spüren; es gebe jedoch Ressorts, wo ganz erhebliche Maßnahmen auf Vorschlag des Effizienzteams ergriffen worden seien. Das könne er jedoch nicht an dieser Stelle beantworten.

Zur Frage nach der „großen Dienstrechtsreform“ sei die Anmerkung des Kollegen Stotko richtig: Die Rede sei gewesen von „einer Dienstrechtsreform“, nicht von einer „großen Dienstrechtsreform“.

Zur Haushaltsrelevanz für den Haushalt 2015 könne er sagen: Wenn man einen Blick in den Haushalt werfe, könne man dort lesen, dass die Dienstrechtsreform haushaltsneutral zu erfolgen habe. Insofern würden sich möglicherweise Ergebnisse dessen, was gerade vorbereitet werde, nicht zwingend im Haushalt des IMK-Ressorts widerspiegeln.

Zur Frage der Ansätze zum Flüchtlingsgipfel: Man sei gerade dabei, das Ganze auszuwerten und umzusetzen. Er habe die Beratungen am Montagabend so verstanden, dass die 40 Millionen € für die qualitative Anhebung der Pauschalen für die Kommunen, die soziale Beratung in der Größenordnung von 3,5 Millionen € sowie zusätzliche 3 Millionen € im Bereich Härtefonds nicht über eine weitere Ergänzungsvorlage in die Haushaltsberatungen gebracht würden.

Vielmehr habe er die Ergebnisse so verstanden, dass es den Versuch geben sollte, das Ganze über fraktionsübergreifende Haushaltsanträge entsprechend im Haushaltsentwurf abzubilden. Wenn die Fraktionen das anders erwarteten, müsse dies signalisiert werden, sonst werde der gerade beschriebene Weg beschritten.

In diesem Zusammenhang verweise er auf das, was Herr Stotko bereits ausgeführt habe: Das Asylkapitel sei um rund 100 Millionen € gegenüber dem Ansatz von 2014 erhöht worden, und das FlüAG-Kapitel um 30 Millionen €. Das habe nichts mit den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels zu tun, sondern einfach mit der Erwartung, dass mehr Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes akquiriert werden müssten.

Außerdem müsse weiterhin damit gerechnet werden – es gebe entsprechende Andeutungen des BAMF, das die Vorausschätzungen vornehme –, dass sowohl die Zahl der Asylsuchenden bzw. Asylbegehrenden als auch die der Flüchtlinge in 2015 noch einmal zunehmen werde. Daher werde die Haushaltsaufstockung um jeweils 100 Millionen € bzw. 30 Millionen € quantitativ benötigt. Zusätzlich werde vermutlich im Rahmen von Fraktionsanträgen die FlüAG-Pauschale um weitere 40 Millionen € zu erhöhen sein.

Herr Stamp habe sich nach den 27 Personen im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz erkundigt. Deren Aufgaben könne er nur innerhalb der PKG-Sitzung beschreiben. Wenn Herr Stamp nur rein formaler Art gefragt habe, wie es sich mit dem Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz verhalte, könne er sagen: Diese Personen gingen über in den Verfassungsschutz und verlören damit das Legitimitätsprinzip als Polizeibeamte. Im Rahmen der Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes würden sie ihre Arbeit erledigen, ohne dass sie als Polizeibeamte tätig seien.

Im Zusammenhang mit dem Projekt „Wegweiser“ glaube man, dass man mit den zur Verfügung gestellten Mitteln, die die Fraktionen im letzten Jahr im Haushaltsberatungsverfahren eingebracht hätten, auch das weitere Ausrollen dieses Projekts auf weitere Städte in Nordrhein-Westfalen werde finanziert können – mit den ausgewiesenen Mitteln und den möglicherweise zur Verfügung stehenden „Bordmitteln“ –, sowohl was Personal- als auch was die Sachausstattung anbelange.

Die Frage nach den Sachmitteln könne er nicht beantworten; die Beratung des Kapitels „Verfassungsschutz“ finde kraft Gesetzes im PKG statt. Konkrete Einzelfragen müssten in diesem Gremium gestellt werden.

Die Frage, was mit der Summe von 1,4 Millionen € im Zusammenhang mit Open Government inhaltlich geplant sei, könne er an dieser Stelle nicht beantworten. Der Kollege aus dem betreffenden Referat sein heute nicht anwesend. Daher schlage er vor, dass diese Daten zu Protokoll gegeben würden, sodass alle Fraktionen über die Mittelverwendung informiert würden.

Im Zusammenhang mit der Entsperrung der Planstellen beim CIO sei im Kabinett vereinbart, dass der CIO Zug um Zug aufgebaut werde. Im Wesentlichen gehe es darum, dass jetzt ressortübergreifend die IT-Planung und IT-Umsetzung an einer Stelle stattfinden werde. Daraus würden Synergien für zukünftige Haushalte erwartet. Damit werde der CIO in die Lage versetzt, die ressortübergreifende Planung anzugehen. Das bedeute nicht nur die Vertretung im IT-Planungsrat, sondern das Wirken nach innen in die Landesverwaltung, indem in der Kopfstelle die Frage nach der Anzahl von Lizenzen oder IT- oder Internetanwendungen organisiert werde.

Das sei keine reine Nettoaufstockung an Personalstellen, sondern ein Teil werde dadurch zur Verfügung gestellt, dass andere Ressorts entsprechende Planstellenanteile auf den CIO übertragen.

Die Fragen zum Warnsystem werde Frau Steinhauer beantworten.

Was die 4,1 Millionen € bei den IT-Anwendungen anbelange,

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Weg vom Verfassungsschutz hin in die Öffentlichkeit zu einem Projekt BasisIT!)

so müsse er darauf hinweisen, dass diese Frage bedauerlicherweise nicht beantwortet werden dürfe.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das ist aber in der Öffentlichkeit! Was ist das denn?)

Er verstehe das Informationsbedürfnis; dem wolle er auch gerne nachkommen, nur dürfe das kraft Gesetzes nicht in diesem Kreise erfolgen, sondern nur im PKG.

**Vorsitzender Daniel Sieveke** erklärt, die Frage von Herrn Herrmann gehe wohl eher dahin, zu sagen, da kämen 4,1 Millionen € aus dem Verfassungsschutz und gingen jetzt in einen öffentlichen Bereich hinein. Da habe er wissen wollen, was in dem öffentlichen Bereich damit geschehe. – Wenn diese Frage jetzt nicht beantwortet werden könne, bitte er darum, sie mitzunehmen und die Antwort ebenfalls ans Protokoll anzuhängen.

**Minister Ralf Jäger (MIK)** schlägt vor, zu prüfen, ob dies im Rahmen des Protokolls beantwortet werden könne und dürfe. Falls nicht, dann verweise er auf das Parlamentarische Kontrollgremium.

**MR'in Ursula Steinhauer** kommt auf die Frage nach den 10 Millionen € für das Kommunale Warnsystem zu sprechen. Im Haushalt 2014 sei vereinbart worden, dass die Kommunen beim Aufbau eines Kommunalen Warnsystems einmalig unterstützt werden sollten, weil sie dadurch eine hohe finanzielle Belastungen hätten. Das habe eine einmalige Unterstützungsleistung sein sollen, und zwar im Haushalt 2014; daher sei diese im Haushalt 2015 weggefallen.

